



„Als ich den ersten Entwurf des nun bereits verabschiedeten Gesetzes zur Zahlungsstundung für Mieter bekam, hat es mich in der Tat fast umgehauen. Dieser erste, von der Politik verfasste Entwurf konnte glücklicherweise, auch durch die Intervention des VdW und des GdW, „abgemildert“ werden. Aber auch die verabschiedete Variante hat weitreichende Folgen.

So sind gerade die gewerblichen Mieter direkt auf diesen Zug aufgesprungen und haben unisono, sogar mit wortwörtlich identischen Schreiben, die Aussetzung der Mieten angekündigt. Die ausgesetzte Miete wird bei vielen Vermietern, übrigens auch bei uns, zu finanziellen Engpässen führen, da sie selbst ja Verpflichtungen an Energieversorger oder Banken haben und gegebenenfalls gerade hohe Handwerkerrech-

nungen für bereits gestartete, energetische Modernisierungsmaßnahmen leisten müssen. Daher werden wir in der Konsequenz die Beauftragung von weiteren Reparaturaufträgen davon abhängig machen müssen, ob die Mieten gezahlt wurden, damit die Liquidität eine Beauftragung zulässt.

Diese gesetzliche Regelung ist aber ein weiteres Beispiel dafür, dass die Vermieter zunehmend von der Politik dazu missbraucht werden, gesellschaftliche Probleme zu lösen, ohne darauf zu achten, dass nicht jeder Vermieter ein Krösus ist und das Geld in der Ecke gestapelt hat. Keine andere Branche wird derart von der Politik instrumentalisiert und drangsaliert.

Wir als Genossenschaft haben ausreichend Fingerspitzengefühl für die Situation und werden mit unseren Mietern einen Weg aus dieser Krise finden. Wir haben zum Beispiel bereits berechnete und zum Versand vorbereitete Mieterhöhungen bis auf Weiteres ausgesetzt und bieten unseren Mietern viele Services (z. B. einen kostenlosen Einkaufsservice) an, um unseren Beitrag zu leisten.

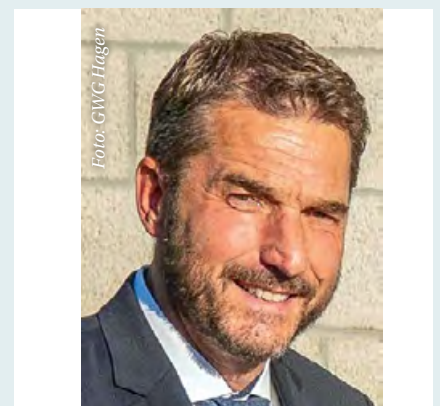


Foto: GWG Hagen

Christian Rehrmann

Geschäftsführender Vorstand der Gemeinnützigen Wohnstätten-genossenschaft Hagen eG (GWG)

Auch werden wir sicherlich, auch ohne gesetzliche Regelungen, keinen durch Corona in Not geratenen Mieter auf die Straße setzen. Aber der Spielraum für gütliche Einigungen ist durch diese gesetzlichen Eingriffe klein ...“

